

spektakulären Unterschriftensammlung sich für sein Verbleiben einsetzte. Sandberger erhielt keine neue Pfarrei, sondern wurde bis zum Ende der NS-Zeit nur da und dort, rasch wechselnd, als Vertreter eingesetzt. Um das trübe Bild des Oberkirchenrats zu vollenden, verweigerte dieser Sandberger sogar nach 1945 die vollständige Rehabilitation und setzte ihn nicht wieder in Gründelhardt zum Pfarrer ein, obwohl diese Gemeinde das gewünscht hatte. Sandberger war nie durch irgendwelche politischen Äußerungen aufgefallen, im Gegenteil, er neigte – ohne formell deren Mitglied zu sein – pietistisch-zurückgezogenen Kreisen zu. Überhaupt galt der stets mit schwacher Gesundheit ausgestattete Sandberger als eine Art stiller Eigenbrötler, der gleichwohl in seiner Gemeinde außerordentlich beliebt war.

All diese Sachverhalte werden in dem kleinen Sammelband von dem pensionierten Theologen Jörg F. Sandberger und dem emeritierten Leipziger Jura-Professor Helmut Goerlich, beides Verwandte Wilhelm Sandbergers, ausführlich dargestellt. Ein ausführlicher Anhang stellt die maßgeblichen Quellen im Faksimile zusammen. Insgesamt werden nicht nur immer wieder die weit greifenden Familienverhältnisse der alten württembergischen Beamten- und Theologenfamilie Sandberger dargestellt, sondern auch minutiös die kirchenrechtlichen Aspekte des Falles. Deutlich werden die Motive der Landeskirche: Neben völliger Naivität gegenüber den neuen NS-Machthabern und einer Unterschätzung des symbolischen Wertes des Grußes tritt zum einen eine erstaunliche Fixierung der Kirche auf formalrechtliche Aspekte zutage (Verstoß gegen den Größerlass), zum ändern – und das ist am unverständlichsten – ein beschämendes Verhalten gegenüber Wilhelm Sandberger nach 1945. Goerlich versteht es indessen, dafür Gründe zu nennen: 1933 und in den folgenden Jahren lag dem Oberkirchenrat daran, die Kirche als Großorganisation intakt durch die NS-Zeit zu bringen (und dafür wurde dann ein Einzelgänger wie Sandberger geopfert) – und nach 1945 habe ein Entgegenkommen gegenüber Sandberger die Kirche innerlich zerrissen. Aus der heutigen Perspektive mag dies alles wenig sympathisch klingen, indessen ist der Historiker kein Sympathiesucher, sondern soll aus der Perspektive der Vergangenheit heraus plausibel machen, warum die Dinge sich so entwickelt haben.

Gerhard Fritz

Jan *Havlik*: Wolfgang Haußmann: Der Fürsprech. Politische Biographie einer liberalen Persönlichkeit in Baden-Württemberg (Stuttgarter historische Studien zur Landes- und Wirtschaftsgeschichte 18). Ostfildern: Jan Thorbecke Verlag 2012. 280 S. ISBN 978-3-7995-5568-5. Geb. € 39,-

Wolfgang Haußmann (1903–1989) entstammte einer Dynastie bedeutender liberaler Politiker, deren Engagement in der württembergischen wie in der deutschen Politik bis in die Revolutionsjahre 1848/49 zurückreicht. Von 1953 bis 1966 war er Justizminister des Landes Baden-Württemberg, seit 1960 in diesem Amt zugleich stellvertretender Ministerpräsident. Im Mittelpunkt des hier anzuzeigenden Lebensbilds – einer von Franz Quarthal betreuten Stuttgarter Dissertation – steht jedoch der Parteipolitiker, der Haußmann als Vorsitzender der FDP/DVP in Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg von 1946 bis 1964 natürlich *auch* gewesen ist. Von daher ist zu verstehen, dass der Band auch als Publikation der Reinhold-Maier-Stiftung firmiert, und sowohl der ehemalige Landesjustizminister Ulrich Goll, Vorsitzender des Verwaltungsrats dieser Stiftung, als auch die gegenwärtige FDP/DVP-Landesvorsitzende Birgit Homburger jeweils ein Vorwort beigesteuert haben. Der Autor selbst war von 2002 bis 2007 Leiter des Stuttgarter Regionalbüros der Friedrich-Naumachen-Stiftung und danach eine Zeit lang Pressesprecher der FDP/DVP Baden-Württemberg.

Die Quellenbasis des Buches bildet in der Hauptsache das im Hauptstaatsarchiv Stuttgart verwahrte „Persönliche Archiv von Dr. Wolfgang Haußmann“, ergänzt um einige Stücke aus den ebenfalls im Hauptstaatsarchiv hinterlegten Nachlässen von Reinhold Maier und Gebhard Müller sowie aus dem „Archiv des deutschen Liberalismus“ in Gummersbach. Von der Überlieferung staatlicher Provenienz wurden nur die Generalakten der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ in Ludwigsburg herangezogen. Der schriftliche Niederschlag, den Haußmanns Tätigkeit als Justizminister und als stellvertretender Ministerpräsident sowie als Abgeordneter des Stuttgarter Landtags (1946–1964 und 1968–1972) gefunden hat, blieb unberücksichtigt. Unter den Quellen fehlen somit nicht nur die Kabinettsprotokolle und die Akten des Staats- wie des Justizministeriums, sondern sogar die gedruckten Protokoll- und Beilagenbände des Landtags. Die Auswertung von Presseerzeugnissen beschränkte sich offensichtlich auf die von Haußmann selbst angelegte Sammlung. Intensiv widmete sich der Verfasser hingegen der Befragung von Zeitzeugen – freilich dann doch wieder begrenzt auf den Kreis der Parteifreunde und -mitarbeiter. Vor diesem Hintergrund versteht es sich von selbst, dass der Beitrag der vorliegenden Publikation zur allgemeinen politischen Geschichte des Landes Baden-Württemberg während der Nachkriegsjahrzehnte, in der Haußmann eben nicht nur eine Nebenrolle zukam, eher bescheiden ausfällt.

Gewisse Defizite sind auch sonst nicht zu übersehen. Eine Auseinandersetzung mit der Forschung findet an keiner Stelle – auch nicht in der Einleitung – statt. Die Autoren von Beiträgen in Sammelwerken wie Handbüchern und biographischen Lexika werden nicht genannt – es fehlt sogar Paul Feuchte als Autor des Haußmann-Artikels in den „Baden-Württembergischen Biographien“ (Bd. 2). Des Öfteren vermisst man bei solchen Reihen auch die Angabe der jeweiligen Bandnummer. Die Zahl der sachlichen Fehler oder zumindest doch missverständlichen Formulierungen ist nicht eben gering. Als *ein* Beispiel sei hier nur genannt, dass der Autor das „Geheimtreffen“ von Alex Möller und Gebhard Müller im Ludwigsburger „Ratskeller“ in die Zeit „wenige Tage nach der Bundestagswahl“ (von 1953) – also in den September datiert (S. 78), wo es doch schon längst vor der Wahl im Juli stattgefunden hatte. Damit wiederholt er ohne Beleg die bereits seit Jahrzehnten – auch durch die Aussagen von Möller und Müller selbst – widerlegte Darstellung, wonach Reinhold Maier erst durch das Ergebnis der Bundestagswahl von 1953 zum Rücktritt als Ministerpräsident bewogen worden sei. Tatsächlich war der Bruch der kleinen Koalition durch den Wechsel der SPD und namentlich Alex Möllers an die Seite der CDU schon längst vorher besiegelt.

Eingehend und mit Recht würdigt Havlik die Verdienste Haußmanns um die Begründung der deutschen Nachkriegsdemokratie und den Aufbau eines funktionierenden Rechtsstaats. Dazu gehört auch die Mitwirkung beim Aufbau und Unterhalt der Ludwigsburger Zentrale zur Aufklärung der NS-Verbrechen, der ein eigenes längeres Kapitel gewidmet ist. Ansonsten steht – wie schon gesagt – vor allem der FDP-Politiker Haußmann im Mittelpunkt. Von seiner Beteiligung bei den Regierungsbildungen in Baden-Württemberg zwischen 1952 und 1964 wird ausführlich berichtet, ebenso über den Verlust der Regierungsmacht im Dezember 1966, mit der für die FDP/DVP eine lange Oppositionszeit begann. Neues erfährt man am ehesten über die Umstände, die 1964 zur Ablösung Haußmanns als Landesvorsitzender führten. Über die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Landtag weiß der Autor dagegen nichts zu berichten. Dabei war Haußmann bis an das Ende seines Lebens weiterhin (partei-)politisch engagiert. So fiel er z. B. den Teilnehmern des Berliner Bundesparteitags vom November 1982, auf dem sich Hans-Dietrich Genscher gegen die zahlreichen

innerparteilichen Kritiker seiner „Wende“ von der sozialliberalen zur „Koalition der Mitte“ erfolgreich behauptete, als eifriger Verteidiger und noch immer Einfluss wahrer „Fürsprech“ des neuen Kurses auf.

In zwei eigenen Kapiteln widmet sich Havlik gegen Ende seines Buches, das im Anschluss noch ein freundliches, jedoch keineswegs unkritisches persönliches Portrait enthält, dem Verhältnis Haußmanns zu Reinhold Maier und Theodor Heuss. Zu Recht macht er darin auf gelegentliche Spannungen mit Maier und die unübersichtbare Distanz gegenüber Heuss aufmerksam. Hier muss in Rechnung gestellt werden, dass Haußmann angesichts der 1945 erfolgten Aufgabenteilung – den Älteren die herausgehobenen Staatsämter, dem Jüngeren die Parteiarbeit – eine gewisse Verbitterung empfand, die auch aus einem Trauma seines Vaters Conrad Haußmann erwuchs. Schon dieser hatte nämlich als der Jüngere gegenüber dem Parteidozenten Friedrich (v.) Payer zurückstehen müssen, als es um die Vergabe von Staatsämtern ging. Wiederholt hat Wolfgang Haußmann im privaten Gespräch auf diesen Umstand aufmerksam gemacht und Reinhold Maier als „seinen Payer“ bezeichnet, was ihn jedoch wie seinen Vater nicht davon abhielt, der größeren Sache wegen doch meistens Loyalität zu wahren.

Den Band beschließt eine Karikatur aus dem Januar 1949, die sich auch auf dem Umschlag findet und Haußmann zusammen mit Maier und Heuss als Partner in einem liberalen Triumvirat darstellt. Es handelt sich dabei aber um eine gegenüber den Triumvirn ausgesprochen kritische Karikatur im Zusammenhang mit der von Finanzminister Heinrich Köhler zur Unterstützung des Kulturlebens 1948 eingeführten Sonderabgabe auf Zeitungen in Form des „Kultur-(oder Köhler-)pfennigs“. Die Zeitungsverleger liefen Sturm gegen diese Abgabe, und sie zögerten nicht, auch dem liberalen Dreigestirn – wie aus dem beigegeführten Gedicht eindeutig hervorgeht – Verfassungsbruch vorzuwerfen, der durch die Verwendung des Diminutivs „-brüchlein“ kaum harmloser erscheint. Hätte derjenige, der dieses Bild ausgesucht hat, genauer hingeschaut, sein Abdruck in der Biographie ausgerechnet eines nicht unbedeutenden Rechts- und Staatspolitikers wäre wohl unterblieben. Gerade bei Karikaturen kommt es doch sehr auf den Kontext an.

Klaus-Jürgen Matz

Territorial- und Regionalgeschichte

Bernard Vogler: Geschichte des Elsass. Stuttgart: Kohlhammer 2012. 226 S. ISBN 978-3-17-022329-5. € 19,90

Mit seiner „Geschichte des Elsass“ füllt Bernard Vogler eine Lücke. Wie der Autor im Vorwort vermerkt, war das Interesse der Deutschsprachigen am Elsass zunächst weitgehend nationalistisch geprägt und nach 1945 – von den direkten Nachbarregionen Baden und der Pfalz einmal abgesehen – kaum noch vorhanden (S. 10). Besonders fehlte bisher ein gutes Überblickswerk, das in knapper Form, aber wissenschaftlich untermauert, die wichtigsten historischen Ereignisse und Prozesse dieser Region präsentiert. Dass sich Bernard Vogler, der als Professor für elsässische Landesgeschichte an der Universität Straßburg lehrte und somit ein ausgewiesener Kenner der Geschichte des Elsass ist, dieser Aufgabe angenommen hat, erweist sich als Glücksfall. In einem diachronen Parforceritt stellt Vogler knapp 8000 Jahre elsässischer Geschichte in insgesamt 16 inhaltlichen Kapiteln auf kaum mehr als 200 Seiten vor. Diese Tatsache lässt bei potenziellen Leserinnen und Leser vermutlich unweigerlich die Befürchtung von kaum zu überbietender Oberflächlichkeit aufkommen. Diese Sorge